



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 20. April 2020**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

41. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.
Ende der Sitzung: 17.02 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 40. Sitzung des Gemeinderates vom 10.03.2020 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

Christian Fila	DI. Gunter Haydinger	
Mark Paulusberger	Elke Ruetz	
Egon Schatzmann	Ralph Schäfer, BSc	Ronald Schiefermayr
Ingo Spindler	Olivera Stojanovic, BSc	Georg Taitl
Sandra Wohlschlager		

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):
Klaus Hoflehner Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat	Stefan Ganzert	Mag. Bernhard Humer
Mag. Daniela Schindler	Laurien Scheinecker, BA	KR. Karl Schönberger
Mag. phil. Mato Simunovic	Barbara Wildfellner	Christian Kittenbaumer

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):
Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar	Stefan Haböck	Augustine Hacker
Andreas Weidinger	Markus Wiesinger	Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:
MMag. Stefanie Rumersdorfer Mag. Peter Sönser Mag. Walter Teubl

NEOS

Gemeinderat:
Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaler
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Christiane Kroiß, GR. Dietmar Marehard

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 09. April 2020 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Rabl: Ich darf darauf verweisen auf die Möglichkeit im vorderen Bereich eine Maske zu bekommen für diejenigen, die keine mit haben und trotzdem eine tragen wollen, wobei ich in diesem Zusammenhang auch darauf verweise, der Landessanitätsdienst stellte fest, dass Sitzungen – sofern der Sicherheitsabstand eingehalten wird – ohne Probleme abgehalten werden können. Wie ich aus zuverlässiger Quelle weiß, werden ja auch die Landtagssitzungen - allerdings in größeren Räumlichkeiten - zwischenzeitig abgehalten, ebenso wie Ausschusssitzungen. Wichtig ist dabei den Sicherheitsabstand entsprechend einzuhalten.

Anfragen

Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger betreffend Kommission für Suchtfragen
Verf-015-W-8-2020

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Raggl-Mühlberger!

1. Im Protokoll des 3. Treffens der Kommission für Suchtfragen wird ein Folgetermin im Herbst 2016 angekündigt. Warum fand dieser nicht statt?
2. Wird die Kommission für Suchtfragen fortgesetzt?
 - a) Wenn ja, wann? Warum gab es die lange Pause?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
 - c) Wie wird der Austausch unter den verschiedenen Institutionen und Akteuren im präventiven und begleitenden Bereich gewährleistet?
3. Bei der letzten Kommission wurde insbesondere auch die Arbeit von Nikado vorgestellt. Damals wurde auch die Finanzierung angesprochen. Welche Kosten entstanden der Stadt Wels im Jahr 2018 durch Drogen-Streetwork? Wieviel kostet die personelle Aufstockung und wie wird diese finanziert?

4. Im Protokoll vom 18.05.2016 wird von einem Projekt zum wertschätzenden Umgang mit Suchtkranken gesprochen und diesbezügliche Projektergebnisse für „eine der nächsten Sitzungen“ angekündigt. Gibt es hier Ergebnisse und inwiefern sind diese in die Arbeit miteingeflossen?

Vzbgm. Raggl-Mühlberger:

Antwort zu Frage 1.: Viele der andiskutierten Punkte waren noch in Bearbeitung, womit die Grundlage für ein sinnvolles und effizientes Treffen nicht gegeben war.

Antwort zu Frage 2.: Ja, wenn die Notwendigkeit für ein solches multiprofessionelles und überparteiliches Treffen zu relevanten Suchtthemen in Wels besteht. Aufgrund zahlreicher Änderungen im personellen Bereich – Pensionierungen, Ausscheiden aus dem Magistratsdienst insbesondere im amtsärztlichen Bereich – und da keine aktuelle Nachfrage besteht, ruht die Suchtkommission. Sie kann jedoch im Anlassfall jederzeit reaktiviert werden.

Es fanden und finden mindestens jährliche Treffen des überregionalen Suchtberaters im Land Oberösterreich statt. Dabei werden suchtrelevante Themen sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Prävention und Betreuung unter Teilnahme von Fachleuten und Politikern behandelt. Auch die Stadt Wels ist dabei auf politischer Ebene vertreten durch mich und auf fachlicher Ebene durch Mag. Bernhard Nagl.

Im regionalen Bereich findet zweimal jährlich der sogenannte Sozialstammtisch statt. Um den Austausch und die Vernetzung zwischen den Akteuren im Sozialbereich und den Institutionen zu gewährleisten, finden laufend Vernetzungstreffen regional und überregional in den einzelnen Fachbereichen zu speziellen und spezifischen Fragen wie Betreuung und Prävention statt. Bei aktuellen Anlassfällen findet auf kurzem Weg eine Kontaktaufnahme mit den beteiligten Akteuren, z.B. Exekutive, Gericht, Amtsärzte, AMS, ÖGKK, Land OÖ etc. (sogenannte Helferkonferenzen), statt.

Antwort zu Frage 3.: Gemäß dem Rechnungsabschluss 2018 sind auf dem Teilabschnitt 5124 Suchtprävention, über welchen der Fachbereich Nikado abgerechnet wird, Ausgaben in Höhe von € 230.574,26 angefallen. Dahingehend wurde ursprünglich eine Subvention in Höhe von € 21.816,74 im Jahr 2018 vom Land OÖ zugesagt und überwiesen.

Aufgrund längerer Verhandlungen und Ansuchen um Anerkennung nach dem Chancengleichheitsgesetz ist es gelungen im Jahr 2019 rückwirkend für 2018 eine annähernd 19 %ige Finanzierung durch das Land OÖ, Abteilung Soziales, zu erreichen, sodass im Kalenderjahr 2019 weitere Förderungen für 2018 überwiesen wurden. Gesamt wurden daher € 206.174,08 seitens des Landes OÖ für den Betrieb von Nikado im Jahr 2018 refundiert. Weitere € 19.484,27 konnten u.a. durch die Präventionsautomaten – Verkauf von Konsumutensilien - erwirtschaftet werden, sodass damit eine annähernd 100%ige Kostendeckung bestand.

Aufgrund der steigenden Klientenkontakte wurde beim Land OÖ ein Ansuchen um Aufstockung der personellen Kapazitäten gestellt. Dieses wurde positiv beurteilt, sodass durch das Land OÖ, Abteilung Soziales, die Mehrkosten ab 1.4.2020 für einen

Sozialarbeiter, 30 Stunden pro Woche, getragen werden. Die Personalkosten könnten mit ca. € 34.000,-- für das Jahr 2020 angenommen werden.

Antwort zu Frage 4.: Das Projekt „Partizipative Gesundheitsberichterstattung in Wels - Wie kann man gemeinsam einen wertschätzenden Umgang mit suchtkranken Menschen in Wels erreichen?“ wurde ab Anfang 2015 bis zur vorzeitigen Beendigung Ende 2015 durchgeführt. Die geplante Weiterführung des Projektes bis Ende 2016 war durch das Ausscheiden des damaligen Amtsarztes (Schlüsselrolle im Projekt) und des Projektleiters (Auflösung des Vereines IGP – Institut für Gesundheitsplanung) nicht mehr möglich. Die Bedürfnisse und Anregungen, die durch Fragebögen-Aktionen bei den betroffenen Suchtkranken erhoben wurden, flossen in die weitere Betreuungsarbeit ein. Zwischenergebnisse waren u.a. der Wunsch nach stärkerem wertschätzenden Umgang bei institutionalisierten Kontakten (Ärzte, Apotheken, Ämter, AMS), nach verstärkter Beratung für die Angehörigen sowie eine bessere Aufklärung der Bevölkerung zum Thema Substitution und Suchterkrankung.

Seitens der am Projekt beteiligten Betreuungseinrichtungen Suchtberatungsstelle Circle, niederschwelliger Kontakt und Anlaufstelle Drogenstreetwork, Nikado, FAB – Projekt Talon, wurde in Folge versucht diese Teilergebnisse im verstärkten Ausmaß mit den angesprochenen Institutionen, Ämtern und Behörden umzusetzen. Außerdem förderte die direkte Auseinandersetzung mit dem Klientel zu diesen Fragen ein vertieftes Vertrauensverhältnis für die weitere Arbeit mit den suchtkranken Menschen.

Zusatzfrage von GR. Scheinecker, BA: Wie genau muss ein Anlassfall aussehen, um dieses Projekt fortzusetzen?

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Wenn ein Bedarf gegeben ist oder wenn jemand auf mich zukommt und sagt er möchte zu diesem Thema eine Suchtkommission einberufen, ist das kein Problem.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Beantwortung der Anfrage.

Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an Vizebürgermeister Gerhard Kroiß betreffend Nächtigungsbonus für Jugendliche bzw. der „finanziellen Unterstützungsmöglichkeit bei Nächtigungen im Zuge von Nachwuchs-Großveranstaltungen“
Verf-015-W-9-2020

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Kroiß!

1. Wie viele Jugendliche/Studierende haben seit der Einführung die „Tourismusförderung“ der Stadt Wels in Anspruch genommen und welche Kosten sind der Stadt dadurch entstanden?
 - a. Wie viel davon bekamen die Gruppen?
2. Gab es erkennbare Zeitpunkte zu denen der Nächtigungsbonus verstärkt in Anspruch genommen wurde?

3. In der Presseaussendung der Stadt – wie auch in der Diskussion im Gemeinderat – wurde auf die finanzielle Unterstützungsmöglichkeit bei Nachwuchs-Großveranstaltungen verwiesen:
- Wie viele derartige Ansuchen wurden eingereicht und positiv bearbeitet?
 - Wie viele Jugendliche/Kinder wurden damit unterstützt?
 - Wie hoch war die kumulierte diesbezügliche Fördersumme?
 - Um welche „Nachwuchs-Großveranstaltungen“ handelte es sich dabei?

Vzbgm. Kroiß: Ich darf die Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wie folgt beantworten:

Antwort zu Frage 1.: Die Förderung wurde von 59 Schülern, Studenten und Jugendlichen in Anspruch genommen. In Summe liegt der Förderungsbetrag bei € 1.650,--, dazu kommen € 3.828,-- einmalige Kosten für die Programmierung des Online-Formulars und für die Anpassung des daraus generierten Vouchers für die Umsetzung des Nächtigungszuschusses. In Summe wurde eine Gruppe mit insgesamt 38 Teilnehmern abgewickelt.

Antwort zu Frage 2.: Bei Individualanträgen war die intensivere Zeit vom 27. – 29. September 2019, es fand die Voltegieier-Staatsmeisterschaft des Reiterbundes Wels statt.

Antwort zu Frage 3.: Drei Ansuchen wurden positiv bearbeitet. Es wurden ca. 500 Kinder und Jugendliche dabei unterstützt. Die Fördersumme betrug insgesamt € 4.000,--. Diese teilt sich auf für Judo Colop Masters, Speedo Meeting und Youki. Wie bereits erwähnt, handelt es sich bei den Nachwuchs-Großveranstaltungen um Judo Colop Masters, Speedo Meeting und Youki.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Beantwortung der Anfrage.

A n f r a g e der NEOS gemäß § 10 GOGR an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend Umgang mit Daten von an Covid-19 erkrankten Personen
Verf-015-W-11-2020

Aufgrund der Änderung des Epidemiegesetzes 1950 im Zuge des 3. Covid-19-Gesetzes sind Daten von an Corona (Covid-19) erkrankten Personen nun für die Bürgermeister zugänglich. Dabei handelt es sich um hochsensible Daten. Daher begehren wir folgende Auskunft:

- Welche Daten, außer Name und Adresse wurden ihnen übermittelt?
- Wem wurden diese Daten zugänglich gemacht?
- Wie wird sichergestellt, dass diese Daten nur wenigen Personen zugänglich sind und diese Personen die Daten nicht unbefugt weiterleiten? Bitte beschreiben sie dazu die Maßnahmen in Bezug auf Datensicherheit.
- Zu welchem Zweck werden diese Daten verwendet? Dazu bitte eine genaue Auflistung mit Beschreibung.
- Wann werden diese Daten wieder gelöscht und wie wird dies sichergestellt?

Bgm. Dr. Rabl: Ich darf diese Anfrage unverzüglich beantworten. Gemäß § 12 StW 1992 müssen sich Anfragen an Bürgermeister oder sonstige Mitglieder des Stadtsenates auf eine Angelegenheit im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde beziehen. Gemäß § 10 GOGR hat der Bürgermeister eine Anfrage zurückzuweisen, wenn sie nicht den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde betrifft. Ihre Anfrage betrifft eine Angelegenheit des übertragenen Wirkungsbereiches. Sie ist daher nicht zulässig.

Unbeschadet dessen möchte ich für die Klarstellung und zur Information des Gemeinderates Folgendes mitteilen.

Ich habe als Bürgermeister keinerlei Daten nach § 3 Epidemiegesetz von der Bezirksverwaltungsbehörde übermittelt bekommen, habe diese auch nicht angefordert und sonst keinerlei Informationen diesbezüglich erhalten, weshalb diese Daten auch Niemanden zugänglich gemacht wurden. Deswegen muss auch nicht sichergestellt werden, wem diese Daten zugänglich gemacht werden. Ich konnte sie nicht verwenden, weil ich keine bekam, weswegen sie nicht gelöscht und sichergestellt werden müssen.

Ich weiß aber, dass generell die Datenweitergabe an die Bürgermeister gerade in kleinen Gemeinden eine große Rolle spielte, weil die kleinen Gemeinden ja von der Argumentation ausgingen, dass man diesen Betroffenen vielleicht helfen muss und aus diesem Grund ein großes Interesse bestand. In der Stadt Wels war dies nicht erforderlich, weil wir einen ausreichenden Krisenstab haben, wir gleichzeitig Bezirksverwaltungsbehörde waren und sind und es sicher ausreichende Absicherungen für Betroffene gab. Deswegen war es nicht notwendig, dass ich über diese Daten verfüge.

Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Rabl: Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat gemäß § 11 GOGR eine Aktuelle Stunde zum Thema „COVID 19“ beantragt.

GR. Ganzert: Vor einigen Wochen sprach ich mit dem Herrn Bürgermeister darüber, ob es nicht sinnvoll wäre im Rahmen des Gemeinderates Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen zuzulassen, weil wir uns derzeit in einer sehr außergewöhnlichen und bedeutsamen Situation befinden. Er sagte, wir könnten ja eine Aktuelle Stunde beantragen, deswegen machten wir das.

Zu Beginn ein aktueller Stand: Momentan gibt es 2 Fälle in Wels, insgesamt waren es 57 im Bezirk Wels-Stadt. Das sind 92,34 zu 100.000 Personen – das ist eine schöne Vergleichssumme. Ganz wichtig ist, es gibt keine Verstorbenen in der Stadt Wels sowie ausreichende Kapazitäten an Krankenhaus- und Intensivbetten.

Mein großer Dank gilt insbesondere den internen und externen Partnern, die uns das alles möglich machten, wie Gesundheitsdienst, Amtsärztinnen, Mitarbeiterinnen in der Seniorenbetreuung, die die Betreuung in der Stadt Wels sicherstellen. Eine Geschichte wurde mir erzählt: Manche Mitarbeiterinnen verzichteten ganz bewusst auf vieles. Sie gingen selbst nicht einkaufen und haben Sachen nicht getan, die sie hätten tun dürfen.

Von einer Mitarbeiterin weiß ich, sie schläft in einem eigenen Schlafzimmer und sagt, sie möchte hier alles geben für ihre Mitarbeiter und Bewohner. Das sind alles außergewöhnliche Umstände. Natürlich gilt mein Dank auch den Mitarbeitern in den Kommunalen Diensten und allen Externen, wie Mitarbeitern in Supermärkten, Einsatzorganisationen usw. oder Eltern, die zu Hause blieben und bleiben. Sie merken man könnte lange darüber sprechen.

Auch in der Stadt Wels gab es Maßnahmen. Die letzte Gemeinderatsitzung fand bereits unter gewissen Vorzeichen statt - es gab einen Desinfektionsspender im Foyer der Minoriten, man war etwas zögerlicher beim Händeschütteln.

Die Stadt Wels handelte - aus meiner Einschätzung zu Beginn eher zögerlich. Mit der Zeit wurde man immer aktiver und versuchte Dinge umzusetzen, die einem der Hausverstand sagt bzw. es an der Stadt Wels lag diese Dinge tatsächlich umzusetzen. Das Ganze ist natürlich ein starkes Wirrwarr - ein Beispiel die Parkgebühren. Während die Stadt Steyr diese nie eingestellt hat einzuheben, hat die Stadt Wels schon darauf verzichtet. Es gibt momentan sehr wenige Personen, die mobil in andere Städte fahren müssen, aber da wird man wahrscheinlich in Zukunft auch etwas Besseres finden.

Oft finden konnte man Presseaussendungen des Bürgermeisters und der FPÖ-Stadtsenatsmitglieder. Wir waren ehrlicherweise schon froh und erleichtert, dass die Medien endlich aufgaben diverse Fotos abzdrukken, sondern wirklich nur mehr die Informationen, die es braucht, um die Situation entsprechend aufrecht zu erhalten.

Es gibt einige Maßnahmen in der Stadt Wels, welche die SPÖ-Fraktion auch mitträgt – z.B. den Solidaritätsfonds, die Unterstützung der Welser Unternehmer. Dennoch sei es uns erlaubt eine entsprechende Kritik am Umgang mit diesen Themen anzusprechen. Der Solidaritätsfond wurde gegründet unter dem Zeichen des 11.11.2000 (Brandkatastrophe von Kaprun), um den Hinterbliebenen entsprechend zur Seite stehen zu können. Vzbgm. Huber sagte im Stadtsenat, ob nicht jetzt der richtige Zeitpunkt wäre diesen Solidaritätsfonds entsprechend neu aufzuladen, ihn wieder mit Geld zu befüllen, um damit einzelnen Welsern zu helfen. Zu Beginn wurde noch gesagt, es schaut eher nicht so aus, es bestand dafür nicht wirklich Begeisterung. Wenige Tage später gab es eine Presseaussendung über die Einführung dieses Solidaritätsfonds.

Nach Aufforderung des Herrn Bürgermeisters kommen Vorschläge. Wichtig ist uns, dass den Menschen geholfen wird. Es wurden immer wieder Maßnahmen präsentiert – sie können sich denken was ich meine, vor allem weil eine Vielzahl der Gemeinderäte Schutzmasken trägt. Es gab eine Presseaussendung mit Foto des Herrn Bürgermeisters mit Maske und der Bitte doch vorsichtig zu sein und die Maske beim Einkauf am Welser Wochenmarkt zu tragen.

Es war uns wichtig entsprechend aufzuzeigen, dass es der Herr Bürgermeister mit seinen Kollegen war, die ohne Masken in einer Gruppe von Stand zu Stand gingen um dort - wie es zu Ostern üblich ist - Dinge zu verteilen. Ich würde den Herrn Bürgermeister einladen mit seinen Parteifreunden und Kollegen in Wien zu sprechen. Wir hörten vom Wirtschaftsministerium waren fünf Mitarbeiter auf einem Balkon, Personen aus dem öffentlichen Dienst, die eigentlich eine große Vorbildwirkung haben sollten. Der FPÖ ist es wirklich nicht zu blöd den Rücktritt der Ministerin zu fordern in diesem Fall. Die FPÖ

sollte eine einheitliche Sprache sprechen, sonst weiß man nicht mehr was man am Ende vom Tag ernst nehmen soll.

Wir sollen die Zeit nutzen und den Anlassfall hernehmen die Stadt Wels krisenfest zu machen, auch als Unternehmen und Arbeitgeber die Digitalisierung weiter vorantreiben, um zu sehen, dass viele Dinge auch funktionieren können, wenn kein physischer Parteienverkehr möglich ist und eine technische Infrastruktur herstellen, damit die meisten Dienstleistungen nach wie vor angeboten werden können, um sowohl den Mitarbeitern als auch den Bürgern hier immer Zugang zu diesen Dingen zu ermöglichen.

Es gab weitere Schicksale, und zwar beim Personal der Stadt Wels. Hier spreche ich explizit Mitarbeiterinnen in der Kinderbetreuung an. Sie wissen, es wurden Dienstverhältnisse im Probemonat aufgelöst, Befristungen nicht verlängert bzw. in kein unbefristetes Dienstverhältnis umgewandelt. Hier sagt der Bürgermeister es gibt keine Kinder, die man zu betreuen hat, wir müssen das Personal beschäftigen. Wir sagen allerdings es gibt schon zwei Seiten. Es gibt die externen und die internen Betreuungseinrichtungen. Es gibt externe Träger (Abenteuer Familie, Kinderfreunde, Pfarren, Diözesen), die ebenfalls Probleme haben. Es steht ihnen zu die Mitarbeiter in die Kurzarbeit zu bringen, zu sagen 10 % Arbeit bei 80 % Gehalt. Was macht die Stadt Wels? Durch das Auflösen der Dienstverhältnisse werden die Leute in die Arbeitslosigkeit gebracht und da gibt es dann keine 80 % mehr sondern nur mehr 55 % Einkommen für die entsprechenden Personen. Es ist gut gemeint, wenn man hergeht und den Mitarbeiterinnen sagt, wenn es wieder vorbei ist könnt ihr schon wieder kommen.

Wer heute auf die Homepage der Stadt Wels (Stellenausschreibungen) schaut sieht, wir suchen nach wie vor Pädagoginnen. Ich hätte mir wirklich gewünscht es gäbe hier andere Einsatzmöglichkeiten diese kurze Zeit zu überbrücken – es werden hoffentlich nur wenige Monate sein –, wo man das einfach anders lösen könnte, wo man auch als Stadt Wels in sozialer Verantwortung anders handeln hätte können.

Ein bisschen spannend fand ich es als gestern die ersten Bruchlinien innerhalb der Koalition sozusagen aus meiner Sicht zu Tage getreten sind. Dem Bürgermeister ist offensichtlich immer sehr wichtig, dass am Sonntag seine Mitarbeiter im Büro arbeiten und Presseaussendungen verschicken. Wenn man sich diese durchliest - da geht es um Wels braucht einen Investitionsimpuls, da geht es um die Wirtschaft, da geht es um einige Zahlen - sieht man unten im Text immer ein Zitat des Bürgermeisters Dr. Andreas Rabl.

Es wird wahrscheinlich die ÖVP-Fraktion dermaßen geärgert haben, dass der eigene Wirtschaftsreferent in diesen Aussendungen nicht vorkommt, weshalb man am selben Nachmittag auch noch eine Presseaussendung macht unter dem Titel „Die ÖVP Wels fordert konkrete sofortige Unterstützung der Welser Wirtschaft“. Ich las mir natürlich beide Dinge aufmerksam durch und glaube es ist eher ein lautes Nachdenken für den ersten Moment. Man wollte einfach zeigen man handelt. Der erste Vorschlag lautete: Jeder, der eine Wels Card kauft erhält 50 Euro von der Stadt zusätzlich gut geschrieben. Wenn ich jetzt einen Euro auf die Karte auflade, habe ich dann 51 Euro zur Verfügung? Diesen Betrag gebe ich beispielsweise beim internationalen REWE-Konzern aus – bei der Stadt Wels bleibt nicht wirklich viel. Aber es ist sicher gut gemeint und es ist auch schön wenn man sieht, alle arbeiten entsprechend an einer Lösung.

Wir sagen es braucht in der Stadt Wels eindeutig einen Investitionsschub. Wir müssen antizyklisch investieren. Diese Aussage des Herrn Bürgermeisters und Finanzreferenten las ich auch schon in der Zeitung. Es ist an der Zeit endlich die attraktive Zinspolitik zu nutzen. Wir müssen schon auch schauen, wie wir die vergangenen Krisen versucht haben zu bewältigen. Auch in der Finanzkrise 2008/2009 mussten wir durch antizyklisches Investieren mit Fremdmitteln ganz einfach Dinge bedienen, um die wirtschaftliche Situation in der Stadt Wels zu entspannen. Das ist die Wahrheit wo der Bürgermeister immer davon spricht, es gab so viel Schulden, es wurde so schlecht gewirtschaftet. Man muss sich immer ganz genau die Hintergründe anschauen und wissen wie man effektiv Maßnahmen setzen kann. Investieren für Arbeitsplätze und für Wertschöpfung in unserer Stadt. Investitionen in die Zukunft, in die Bildung, in die Infrastruktur, in Orte der sozialen Teilhabe.

Geschätzte Kollegen, auch wir bringen weiterhin produktiv und gerne Vorschläge ein und hoffen auf entsprechende Lösungen, wie die Versorgung von Schülern mit Laptops. Schüler ohne Laptops sollen die Möglichkeit bekommen mit einem Laptop ausgestattet zu werden. Aber auch generell die Unterstützung von Familien, vor allem was die pädagogische Seite betrifft. Kollege Reindl-Schwaighofer wird noch aus seinem einschlägigen Fachbereich berichten.

Es gibt durchaus Probleme mit der Nichterreichbarkeit von Schülern, die Schule kann den Kontakt nicht herstellen. In den Familien ist es oft sehr schwierig. Man kann sich kaum vorstellen wie schwierig es für Kinder ist, deren Eltern eine nichtdeutsche Muttersprache haben. Diese Familien sollen entsprechende Unterstützung bekommen, sie haben eventuell das notwendige Entgelt nicht. Da gibt es viele Handlungsmöglichkeiten für die Stadt Wels und ich gehe davon aus jetzt angeregt darüber zu diskutieren. Das Thema wird uns ohnehin noch die nächsten Wochen und Monate - wenn nicht sogar länger - beschäftigen. Ich bin jedenfalls davon überzeugt wir schaffen das gemeinsam und in diesem Sinne bitte ich um rege Diskussion.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Ich nehme diese Gelegenheit gerne wahr, um einen kurzen Abriss zu geben, wobei das Ersuchen nicht umsonst ergangen ist diese Sitzung und damit das Zusammentreffen kurz zu halten. Als erstmals der Corona-Virus auftrat, war es für uns alle durchaus eine überraschende Situation. Eine Situation, die wir in dieser Art und Weise noch nie erlebten. Naturgemäß ist es schwierig Entscheidungen zu treffen in Bezug auf etwas das man nicht kennt, wo es keine Datenlage und keine vergleichbaren Fälle gibt. Man muss sich hier auf den Hausverstand verlassen oder auf die Vorgaben, die meist von dritter Seite – vom Bund aber auch vom Land – kommen.

Am 12.3.2020 hatten wir 6 Erkrankte (vor 6 Wochen), am 31.03.2020 waren in Wels bereits 52 Erkrankte, heute liegen wir lieber Stefan nicht bei 2 Fällen – das ist nur die offizielle Zahl des Landes, hier liegt ein Logarithmus dahinter – sondern wir sind bei 7 erkrankten Personen. Diese Unterschiedlichkeit lässt sich aus unterschiedlichen Berechnungsarten erklären.

In Wels wurde rascher als in anderen Bezirken ein Krisenstab eingerichtet, der im Wesentlichen drei Aufgaben hat. Erstens die Infrastruktur abzusichern für die Stadt Wels – das ist aus meiner Sicht deswegen so wichtig, weil Versorgungssicherheit für die Stadt

in jeder Hinsicht für die Bürger gewährleistet und gegeben sein muss. Wir mussten absichern die Versorgung insgesamt, nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Senioren und im Sozialbereich. Also den ganzen Versorgungsbereich redundant zu schaffen war wichtig und wir mussten auch unseren Amtsbetrieb absichern. Was ist mit Bürgern, die Probleme haben die Angelegenheiten zu erledigen? Wie machen wir das in Zukunft? An dieser Stelle möchte ich mich nicht nur bei unseren Mitarbeitern bedanken, sondern auch bei jenen, die nicht erwähnt wurden. Man vergisst ganz häufig beispielsweise die Müllabfuhr, die trotzdem gefahren ist, die Straßenkehrer, die trotzdem ihre Aufgabe erfüllt haben. Es gibt ganz viele, ganz fleißige Mitarbeiter, die trotz der Gefährdung, die von einer solchen Krise insgesamt ausgeht, ihre Aufgaben bravourös erledigten. Deswegen an dieser Stelle nochmals einen herzlichen Dank an alle Mitarbeiter der Stadt, aber auch allen Mitarbeitern insgesamt, welche die Infrastruktur und damit die Versorgungslage aufrechterhalten haben.

An dieser Stelle auch ein Dankeschön an andere Institutionen. Das Land hat uns in all dieser Zeit wirklich gut unterstützt, es gab eine sehr durchlässige Kommunikation, nicht nur mit dem Bezirk Wels-Land sondern auch auf Beamtenebene in der Abwicklung dieser Covid-Maßnahmen. Es gab durchaus Vorgaben seitens des Landes, die wir nachvollziehen konnten und wo man auf Probleme wirklich einging. Das war aus meiner Sicht auch sehr wichtig.

Die getroffenen Maßnahmen im Krisenstab waren unbedingt notwendig. Wir haben sie auch mit der notwendigen Entschlossenheit getroffen, um die Personen zu schützen, die am meisten von dieser Krise betroffen sein könnten. Das sind vor allem die älteren Menschen. Wir haben daher die Altersheime sehr rasch unter Quarantäne gestellt. Die Mitarbeiter waren in diesem Zusammenhang unglaublich verständnisvoll und diszipliniert wenn es darum ging zu verhindern, dass es hier zu Ansteckungen kommt. Das bedeutet nämlich auch eine Eigendisziplin der Mitarbeiter zu wissen, wir wollen nirgends hingehen, wir vermeiden jeden Kontakt, wir vermeiden jede Ansteckung. Wie es ausgeht, wenn Altersheime tatsächlich von einem derartigen Virus betroffen sind, kann man in manch anderen Ländern oder Ortschaften sehen. Gerade bei diesen älteren und teilweise kranken, gebrechlichen Personen mit Vorerkrankungen hat dieser Virus meist Todesfolgen. Um diese Todesfolgen zu vermeiden, setzen sich unsere Mitarbeiter derart ein. Dafür herzlichen Dank – Hut ab! Das ist nicht selbstverständlich!

Wir kümmerten uns darum, dass es eine Schutzausrüstung für unsere Mitarbeiter aber auch für alle Betroffenen gibt, haben auch externe Stellen mit Schutzausrüstung versorgt. Wir haben versucht Einrichtungen zu öffnen, wie beispielsweise das Haus Magazinstraße, um zusätzliche Bettenkapazitäten zu schaffen für jene, die nicht mehr versorgt werden können. Auch hier hat die Stadt besondere Verantwortung gegenüber diesen älteren oder hilfsbedürftigen Menschen. Es geht nicht nur um die Grundversorgung sondern auch um die medizinische Versorgung von jenen Personen, die nicht so schwer betroffen sind, dass sie gleich ins Krankenhaus müssen, wo sich aber trotzdem niemand um die einzelnen kümmert. Auch das war ein Schritt, den wir sehr schnell ergriffen haben. Ich bin natürlich sehr froh diesen bisher nicht gebraucht zu haben. Vorsorge bedeutet vorausszusehen, um für den Fall gewappnet zu sein, den man eben im Moment noch nicht genau weiß.

Wir mussten auch Einrichtungen schließen, das mit Bedacht und peu a peu. Das beginnt bei den Bibliotheken, Museen, den Jugendzentren, Generationentreffs, Tierpark – alle

möglichen Einrichtungen wurden sukzessive gesperrt. Ich sage nicht, dass wir alles immer komplett zur richtigen Zeit machten. Es ist aber auch generell schwierig alles immer genau zum richtigen Zeitpunkt zu machen. Ex post betrachtet ist es immer am allerleichtesten zu sagen, da hätte man das machen müssen oder da hätte man das nicht machen müssen. Es kommt mir immer so vor wie jemand, der im Nachhinein weiß wann er die Aktien hätte kaufen müssen. Im Nachhinein ist man immer gescheiter. Aber die richtigen Dinge zur richtigen Zeit zu machen und das mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl und Verantwortungsgefühl ist aus meiner Sicht tatsächlich eine sehr hohe Kunst. Ich glaube, dass wir in Wels das sehr sehr gut geschafft haben.

An dieser Stelle möchte ich mich bei aller Kritik lieber Stefan, die hier von deiner Seite kommt, trotzdem auch bei meinen politischen Kollegen bedanken. Es gab einen regen Austausch in der Stadtregierung über einzelne Maßnahmen, es gab auch einen regen Austausch zwischen den Fraktionen. Wir versuchten sehr viele Maßnahmen transparent zu gestalten, um einfach jenen Fraktionen, die nicht im Stadtsenat sind, zu erklären, was wir gerade tun, auch sie teilhaben zu lassen, wenn es einen Vorschlag gibt. Es ist wichtig, dass diese Kommunikation zwischen den politischen Meinungsträgern gewährleistet ist. Ich sage ihnen eines insgesamt: Es gab natürlich die Frage, machen wir heute diese Gemeinderatsitzung? Natürlich teile ich kritische Stimmen, die sagten bitte machen wir sie nicht, verschieben wir sie. Aber der Willensbildungsprozess, der demokratische Meinungsbildungsprozess und der Informationsprozess finden eben im Gemeinderat statt. Solange es keine rechtliche Möglichkeit gibt eine Gemeinderatsitzung per Videokonferenz zu machen - ganz abgesehen davon, dass ich glaube, dass eine Videokonferenz in vielen Bereichen nicht die Lebhaftigkeit einer Gemeinderatsdebatte wiedergibt - halte ich es für sinnvoll unter der Voraussetzung, dass alle Hygienevorschriften und alle Abstandsvorschriften eingehalten werden können.

Da haben wir in unserem Fall schon das Glück eine große Stadthalle zu haben und dass jeder mindestens 1 m von seinem Nachbarn entfernt sitzen kann. Wie man sieht ist das gut gelungen, deswegen bin ich froh diese Gemeinderatsitzung heute abzuhalten. Man wird sehen, das werde ich dann mit den Fraktionsobmännern besprechen, weil gemeinsam mit Dr. Csar im Landtag beschlossen wird diese Möglichkeit der Abhaltung von Videogemeinderatsitzungen, ob wir das tatsächlich umsetzen oder ob in einem Monat die Lage schon wieder völlig anders aussieht und Wels vielleicht dann keine Infizierten mehr hat. D.h. nicht, dass sich keiner infizieren kann, d.h. nur in Wels wohnt halt keiner. Aber das muss man zum gegebenen Zeitpunkt beurteilen.

Abgesehen von diesem „wir schließen“, „wir öffnen Einrichtungen“ oder „wir tun irgendwas in diesem Krisenstab“, gibt es noch eine völlig andere Komponente, nämlich die Komponente, dass diese Krise tatsächlich Existenzen bedroht. Damit meine ich nicht nur gesundheitliche Existenzen sondern auch wirtschaftliche Existenzen, die massiv bedroht werden in dieser Krise. Ich spreche hier von der Wirtschaft, von den Einzelunternehmern, von den kleinen Händlern, die wochenlang keine Möglichkeit hatten Umsätze zu erzielen und das bei vollen Lagern, die sie schon bezahlt haben, und bei gleichbleibenden Fixkosten und einem völligen Umsatzrückgang auf Null. Das bedeutet nicht nur, dass sie keine Einnahmen haben - auch die Ausgaben sind gleich geblieben. Auf diese konnte ich gar nicht reagieren, weil das ist nicht persönlicher Konsum wo ich sage, ich gehe jetzt nicht ins Kaffeehaus usw. Sondern das sind Kosten, die jedes Monat anfallen, völlig unabhängig von dem was tatsächlich ist. Diese Unternehmer können aufgrund ihrer vertraglichen Bindung gar nicht sagen ich bestelle den Strom ab oder ich

ziehe jetzt aus dem Geschäftslokal aus und mache etwas anderes. Um diese Existenzen muss man sich Sorgen machen. Alle Mitglieder des Gemeinderates haben sich gleichermaßen Sorgen gemacht um diese Existenzen, die nicht nur Geschäftsleute betrifft. Das betrifft auch Arbeitslose. Wir haben in Wels inzwischen eine Arbeitslosigkeit von über 12 %. Alleine im vorigen Monat ist die Arbeitslosigkeit um 58 % gestiegen. Das bedeutet Unterstützung der Arbeitslosigkeit - 55 % vom letzten Lohn bekommt man. Da stellt sich die Frage wieviel Geld das ist und welche Zulagen werden miteingerechnet und welche nicht.

Es geht daher nicht nur um die Gesundheit, es geht irgendwann einmal auch um wirtschaftliche Existenzen. Deswegen war ich froh nicht nur einen Solidaritätsfonds ins Leben zu rufen, sondern auch ein Wirtschaftshilfspaket, wo wir uns heute noch überlegen wie wir das gestalten könnten. Wie kann man Förderungen anders verwirklichen und zukommen lassen, ohne dass Bundesförderungen verloren gehen? Wir sind hier auf dem richtigen Weg. Es gibt vielleicht noch die eine oder andere Möglichkeit etwas zu tun.

An erster Stelle stand die Erhaltung der Gesundheit, die Sorge um die Bevölkerung, dass sich der Virus nicht ausbreitet und dass wir in Wels keine Schwersterkrankten oder Todesopfer haben. An zweiter Stelle steht jetzt die Rettung der Wirtschaft in vielerlei Hinsicht. Natürlich weiß ich diese Krise hat auch Auswirkungen auf das Budget der Stadt Wels. Das KDZ und der Österreichische Städtebund gehen derzeit davon aus, dass Wels ungefähr 15 Mio. Euro pro Jahr verlieren wird. Ob es so schlimm kommt oder nicht ist schwer zu sagen. Sie wissen Prognosen sind schwierig, sie betreffen die Zukunft und Ersetzen im Ergebnis nur den Zufall durch den Irrtum. Genauso ist es hier. Wir wissen nicht, ob das alles so eintritt. Wann läuft die Wirtschaft wieder komplett an? Wann werden die Arbeitslosen wieder in Dienstverhältnisse übernommen oder wann endet die Kurzarbeit? Die Betriebe mit Kurzarbeit bezahlen bekanntlich keine Kommunalsteuer. Alleine das Kommunalsteuerminus für den März (nur die Hälfte des Monats) betrug 13 %. Rechnet man das auf das ganze Jahr um, bedeutet das nur bei der Kommunalsteuer ein Minus von 5 Mio. Euro – damit sie ein bisschen ein Gespür haben, was konkret auf uns zukommt.

Da rede ich noch nicht von Kindergartenbeiträgen, die jetzt wegfallen. Auch das ist ein „historisches Pech“ – sie wissen früher subventionierte das Land diese Beiträge, das Land hat Förderungen an die Stadt Wels bezahlt. Wir können diese Beiträge einheben. Das Land hat in der Folge die Förderungen reduziert, jetzt können wir keine Beiträge einheben, bleiben naturgemäß auf dem Ausfall sitzen. Das ist keine sehr erfreuliche Situation und kostet uns zusätzliches Geld.

Da rede ich noch nicht vom Absacken der Bundesertragsanteile. Wenn einmal die Tabaksteuer um 2 % zurückgeht oder die Biersteuer, die Körperschaftssteuer, Mineralölsteuer (weil die Leute keine Lokalität besuchen können, weil sie offensichtlich zu Hause nicht ganz so viel rauchen im Vergleich zu sonst wenn sie fortgehen, weil die Mobilität einfach nach unten ging), dann sind das alles Themen, die uns betroffen machen und die sich auch finanziell auswirken.

Es wäre jetzt aber der völlig falsche Ansatz zu sagen, so die Stadt Wels macht jetzt einen Cut, wir machen eine Budgetsperre und sagen um 20 % wird alles gekürzt, weil ich damit eine Situation verschärfe, die uns jetzt ohnehin schon trifft. Ich glaube daher auch fest daran, dass es zielführend ist weiter zu investieren und die Investitionen aufrecht zu

erhalten, dass wir gerade jetzt investieren müssen, weil wir damit einen Impuls auslösen bei der Wirtschaft und ein Wirtschaftsimpuls bedeutet auch eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Das eine geht mit dem anderen eng Hand in Hand. Es gibt nichts Sinnvolleres als in die eigene Infrastruktur, egal in welchem Bereich, ob es die Infrastruktur im Sozialbereich ist oder im Verkehrsbereich, Kinderbetreuungsbereich usw., zu investieren, denn dann wird es für die Unternehmer einen Impuls geben. Auch Welser Unternehmer werden in der Folge wieder Mitarbeiter einstellen – das ist auch ein Impuls um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

In Summe halte ich es daher für sinnvoll zu investieren. Ich gehe nicht so weit zu sagen „koste es was es wolle“. Aber wenn wir dafür die Reserven, die die Stadt Wels hat aufgrund der soliden Finanzpolitik, die in diesem Rahmen beschlossen wurde, verbrauchen oder angreifen müssen, dann soll das auch so sein. Wenn wir Projekte vorziehen ist das wichtig, um Impulse egal für welchen Bereich zu schaffen.

Ich meine daher, dass wir Danke sagen sollen an die Mitarbeiter aber auch an die Bevölkerung. Das möchte ich betonen! Wels hat sich, was die Zahl der Infizierten betrifft, herausragend entwickelt. Das war nur möglich, weil wir eine sehr selbstdisziplinierte, mit hoher Eigenverantwortung in die Öffentlichkeit gehende Bevölkerung haben. An dieser Stelle sollten wir uns bei der Welser Bevölkerung bedanken für die herausragende Annahme dieser Bedingungen.

Sieht man ein wenig in die Zukunft ist es nicht vermeidbar mit der Situation umzugehen. Das wird für mich eigentlich die ganz große Herausforderung. Auch da gilt alles zur rechten Zeit gemacht ist vielleicht schwierig und nicht jeder versteht alles was derzeit verordnet wird. Es wird schon gute Gründe dafür und dagegen geben. Wir werden aber weiterhin uns von folgenden Parametern bei den Entscheidungen leiten lassen:

Das erste lautet „die Sicherheit steht immer im Vordergrund“. Wir dürfen keine Experimente machen oder uns etwas vormachen nur in der Meinung, wir können etwas besser beurteilen was andere können. Wir werden also im Gleichklang mit den bisherigen Institutionen vorgehen, so wie es aus meiner Sicht bisher auch gut funktioniert hat. Die Entscheidungen werden wir im Krisenstab jede einzeln besprechen und dann umsetzen. Sicherheit geht also vor.

Zweitens – sofern es die Möglichkeit gibt einzelne Menschen zu unterstützen, egal ob es Unternehmer, Arbeitnehmer o.a. sind - werden wir das weiterhin tun, soweit es in unserer Macht steht und wir es uns leisten können. Wir wollen die vorher bestandene Normalität möglichst rasch unter den notwendigen Vorkehrungen und den notwendigen Hygiene- und Sicherheitsvorschriften wieder herstellen. Das ist das Ziel dieser Stadt, gerade wenn uns diese Krise noch weitere Monate begleiten wird.

Ich glaube daher, dass dieser Schulterschluss, der in ganz vielen Bereichen möglich war, auch weiter aufrechterhalten werden soll, bedanke mich nochmals bei ihnen allen dafür und wünsche ihnen weiterhin alles Gute.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

StR. Reindl-Schwaighofer: Diese Aktuelle Stunde soll ein Licht werfen auf die gemeinsamen Vorkehrungen. Ich stehe 100 % zu den Aussagen von Bgm. Dr. Rabl, wenn es darum geht, dass wir gemeinsam versuchen die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie soweit wie möglich von der Bevölkerung und der Wirtschaft abzuhalten. Wie bereits vom Fraktionsobmann ausgeführt, trägt die SPÖ-Gemeinderatsfraktion diese Dinge mit. Wir wissen in der ersten Phase einer Krise geht es darum gemeinsam etwas weiterzuentwickeln – das ist uns sehr gut gelungen. Herzlichen Dank bei allen Kollegen im Krisenstab – ihr habt gute Arbeit geleistet! Mein Dank gilt auch den Mitarbeitern im Hause – wir haben uns gemeinsam den Rücken gestärkt.

Auf ein paar Dinge möchte ich hinweisen: Hätten wir das Pech gehabt, dass eine Reisegruppe aus Wels (wie z.B. einen Chor) in Südtirol gewesen wäre, würde es in Wels andere Zahlen geben. Der Tüchtige braucht auch Glück – nur zu sagen „wir sind die Besseren und wir haben das besser im Griff“ bringt uns insgesamt nicht weiter. Wir sind ein Teil von Europa, deren Länder gemeinsam arbeiten – es wird keiner isoliert als Sieger hervorgehen. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Ebenso wurde die Arbeitslosigkeit angesprochen. Es muss uns klar sein – seit 1945 waren wir nicht mehr mit einer so hohen Zahl von arbeitslosen Menschen konfrontiert. Österreichweit sind 600.000 Menschen arbeitslos und 600.000 Menschen befinden sich in Kurzarbeit, d.h. 1,2 Mio. Menschen haben Ängste was ihre berufliche Zukunft betrifft. Auch das müssen wir genau anschauen, auch das ist ein wesentlicher Punkt. Eine Gesellschaft kann sich nur positiv weiterentwickeln auch aus einer Krise heraus, wenn sie zuversichtlich ist. Zuversicht heißt, dass ich weiß ich habe Geld für meinen Lebensunterhalt zur Verfügung. Hier ist es unbedingt notwendig Niemanden zu vergessen.

Nun komme ich auf einen Punkt zu sprechen, der immer ein bisschen hinten nachhinkt. Das sind die Kulturschaffenden. Wir Menschen sind stark am Kulturleben beteiligt. Es muss uns klar sein, es gibt sehr viele Menschen, denen durch dieses Absterben aller Möglichkeiten wirtschaftlicher Einnahmen beraubt werden. Das ist nicht nur bei den Firmen so sondern auch bei den Künstlern. Diese haben teilweise ihre Arrangements über Monate verloren. Persönlich kenne ich mehrere Künstler. Ich versuchte zu recherchieren, mit den Leuten zu reden, die auf Monate hinaus ihre Arrangements verloren haben. Für diese Personen heißt das in Wirklichkeit, wenn Maßnahmen nicht greifen, werden wir sie verlieren. Sie müssen sich andere Dinge suchen, um wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Meiner Ansicht nach wird es notwendig sein in diesem Bereich Programme anzusetzen, in denen die Leute eine Chance haben mit Einmalzuwendungen oder vielleicht mit zusätzlichen Aufträgen ihre Existenz abzusichern.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich bei den Lehrern der Schulen. Diese leisten zur Zeit ganz epochale Arbeit. Es ist ihnen gelungen innerhalb von kürzester Zeit den Unterricht, die Aufgabenstellung so umzustellen, dass es zumindest für einen Großteil der Schüler einen Schulbetrieb gibt, auch wenn er sozusagen unter Bedingungen stattfindet (zu Hause), die nicht optimal sind. Die Lehrer leisten sehr viel in diesem Bereich – vielleicht wer es nicht weiß: In den Volksschulen ist es mittlerweile so, dass die Klassen unterschiedliche Zeitfenster zur Verfügung haben, wo die Eltern die Aufgaben holen und wieder abgeben können. Das ist ein organisatorischer Aufwand für die Eltern, für die Schulen – der Ablauf ist wirklich wunderbar gelungen.

Aber wir haben das Problem – in diesem Bereich kursieren unterschiedliche Zahlen -, dass wir viele Kinder und Jugendliche nicht mehr erreichen. Wir wissen aus vielen Gesprächen mit Eltern, mit Elternvertretern und Lehrern, dass manche Kinder nicht erreichbar sind. Das ist das eine Problem. Das zweite Problem besteht darin, dass die Schulen teilweise Dinge voraussetzen, die in den Familien nicht erfüllt werden können, nämlich ausreichende technische Kapazität, ein Laptop, Internetanschluss. Es gibt Familien wo es sehr wohl einen Computer gibt, aber drei Kinder, die gleichzeitig am Computer arbeiten sollen und eine Mutter, die Homeoffice macht. Das zu organisieren ist wirklich ein Bravourstück. Wir haben die Situation, dass vorrangig Frauen arbeiten gehen, im Handel arbeiten, in Gesundheitsberufen arbeiten und sozusagen die Kinder zu Hause sind. Dieses Spannungsfeld macht es für manche Personen sehr schwierig.

Im Schulbereich gab es Vorschläge zum Ankauf von Laptops. Es gibt eine gute Möglichkeit - das wurde bereits kommuniziert – und zwar ist ein Serviceclub bereit etwas zu tun. Wir werden als Stadt Wels auch in diesem Bereich die Familien unterstützen müssen, damit die Familien bzw. die Kinder eine Chance haben am angebotenen Unterricht teilzunehmen.

Es gibt auch die Möglichkeit über die städtische Servicenummer Horterzieherinnen zur Nachhilfe, zum Zusatzunterricht anzufordern. Das wurde in einer Presseaussendung bereits mitgeteilt. Wir wissen jedoch noch nicht wie viele Familien dieses Angebot beanspruchen werden. Wir wissen nur, es gäbe viele, die das Angebot brauchen würden. Wir werden sehen wie das funktioniert. Das sind diese positiven Beispiele, auf die es letztendlich ankommt, wenn wir in einer Krise gemeinsam etwas organisieren müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Danksagung möchte ich in Richtung Einsatzorganisationen (Rotes Kreuz, Feuerwehr, Polizei) aussprechen. Diese leisten hervorragende Arbeit. Sinnvoll ist es auch zu wissen was Freiwilligenarbeit bedeutet. Hier wird deutlich - das ist Dienst an der Gesellschaft, an den Bürgern. Wir können es gar nicht hoch genug einschätzen was es bedeutet, dass diese Menschen bereit sind für uns ihre Arbeitszeit einzubringen und vielleicht auch ihre Gesundheit zu riskieren. Das muss man letztendlich dazusagen.

Der Bürgermeister sagte wir müssen jetzt antizyklisch investieren – da sind wir uns alle einig. Als Stadt haben wir nur die Möglichkeit mit einem Investitionsschub vielen Firmen Aufträge zu erteilen und damit Menschen zu beschäftigen. Viele Arbeitslose haben sog. Einstellungszusagen, dadurch könnten Firmen wieder relativ schnell „Boden unter den Füßen bekommen“. Aber wir wissen, es gibt am Arbeitsmarkt Menschen, die es nicht so leicht haben, die schwieriger wieder einsteigen werden, wo vielleicht die Firmen nicht mehr existieren, die diese Menschen beschäftigen. Darum bin ich der Meinung, wir sollten uns als Stadt den Bereich des zweiten Arbeitsmarktes ansehen und unbedingt mit dem Arbeitsmarktservice in Verbindung treten, um in diesem Bereich wieder Beschäftigungsmöglichkeiten entweder zusätzlich zu fördern oder neu zu schaffen. Danke für ihre Aufmerksamkeit!

GR. Ganzert: Danke meinen Vorrednern. Es zeigt in Zeiten einer Krise ist kein politisches Kleingeld zu machen. Der Bürgermeister meinte trotzdem gibt es richtige Dinge, die man zur richtigen Zeit macht. Ich halte einfach fest, es gibt dennoch falsche Dinge, die man auch zur falschen Zeit macht. Das ist einfach so. Nichtsdestotrotz erlauben wir uns - Mag. Humer hat am Wochenende viel Zeit damit verbracht daran zu arbeiten - ein Hufeisen

dem Herrn Bürgermeister zu überreichen. Es soll symbolisch dem Herrn Bürgermeister in Zeiten wie diesen die nötige Kraft geben. Vielen Dank für die Wortmeldungen in der Aktuellen Stunde. Ich hoffe, es wird uns weiterhin gelingen diese Situation zu bewältigen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr herzlich. Bevor wir in die Tagesordnung eingehen teilte mir der Fraktionsobmann der SPÖ-Fraktion mit, dass er noch einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen will.

GR. Ganzert: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 9. (Raumordnungsverträge NEU). Dieser Amtsbericht wurde seit Monaten vorbereitet, jedoch nur kurz im Ausschuss präsentiert, weshalb es uns nicht möglich war die bestehenden Fragen in der Fraktion ausreichend zu beantworten.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Ganzert auf Absetzung des Punktes 9. von der Tagesordnung wird mit

gegen 14 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
20 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Rabl dankt für Wortmeldungen und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2020/002

Der Antrag (Anlage 1) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 02.04.2020:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen und die in den Anlagen 3 und 4 dargestellten Kreditübertragungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

2.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2020/003

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 02.04.2020:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

3.)

GR-Kreditoperation gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2020/004

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 02.04.2020:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlagen 1 und 2) werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

4.)

Neubau KG Pernau Lessingstraße; Abbruch Bestand
und Planung für Realisierungsbeschluss; Grundsatz-
beschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019
Präs-1016-59-2020
miterledigt: KI-110-10-1-2020, SD-TFM-1020-2019

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 02.04.2020:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge das Bauvorhaben „Abbruch Bestand und Planung für Realisierungsbeschluss“ betreffend Rückbau des Bestandes und Planungsarbeiten für die Errichtung des Neubaus Kindergarten Pernau, Lessingstraße, gemäß der Darstellung im Amtsbericht mit veranschlagten Gesamtkosten von 390.000 Euro, mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % zuzüglich 20 % Umsatzsteuer, grundsätzlich beschließen.

StR. Josseck-Herdt: Vielen Dank Herr Bürgermeister für die Vorstellung und die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes im Finanz- und Präsidialausschuss, weil ich aus Quarantänegründen nicht in der Lage war diesen Ausschuss abzuhalten. Deshalb wurde dieser TOP von mir an den Bürgermeister delegiert.

Mit dem heutigen Planungsbeschluss wird die Kindergartenoffensive in der Pernau fortgesetzt. Zusammenfassend haben wir in der Pernau eine Krabbelstube, die von einem privaten Betreiber geführt wird, einen Kindergarten mit vier Gruppen in der Herderstraße und einen Kindergarten mit sechs Kindergartengruppen und vier

Hortgruppen in der Lessingstraße. Dieses Gebäude ist in einem sehr schlechten Bauzustand und die Räume sind viel zu klein, um einen Betrieb abzuhalten, so wie es sich das Land in den Vorschriften vorstellt.

Der Kindergarten in der Lessingstraße soll abgerissen und neu gebaut werden. Der erste Schritt für diese Offensive wurde schon gesetzt und wird jetzt mit dem Bau des Kindergartens in der Negrellistraße umgesetzt. Hier werden sechs Kindergartengruppen und zwei Krabbelstübchengruppen beherbergt werden mit der Erweiterungsoption um weitere zwei Gruppen. Sollte mit diesen Kindergartengruppen nicht mehr das Auslangen gefunden werden, könnten wir technisch einfach eine Erweiterung vornehmen. Das ist ganz wichtig, weil in Wels schon auf großen Grundstücken kleine Kindergärten gebaut wurden, die leider nicht erweiterbar sind.

Ich nehme an es kann in der ersten oder zweiten Maiwoche mit dem Bau in der Negrellistraße begonnen werden. Es sind die ganzen Vorarbeiten erledigt und in diesem Zusammenhang möchte ich mich sehr, sehr herzlich bei allen involvierten Dienststellen bedanken. Meiner Meinung nach wurde von diesen sehr umsichtig und klug darauf geachtet keine Zeit zu verlieren und wir planen parallel zum Bau in der Negrellistraße schon den Neubau in der Lessingstraße.

Dafür ist der heutige Planungsbeschluss notwendig und ich bitte um ihre Zustimmung. Wir haben dann in der Lessingsstraße auf dem Grundstück mit dem alten Bau vier Kindergartengruppen und zwei Krabbelstübchengruppen. In der Bauzeit dieses Kindergartens sollen die Hortkinder in die umliegenden Schulen mit ihren Hortpädagoginnen aufgeteilt werden. Das ist natürlich mit der Bildungsregierung abgesprochen. Ich freue mich auf jeden Fall mit den Kindern und vor allem mit den Eltern, dass wir dann im Jahr 2022 flächendeckend in der Pernau mit einer tollen Kinderbetreuung in neuen Gebäuden, die den Vorschriften und Standards entsprechen, vertreten sind.

GR. Scheinecker, BA: Es ist großartig heute trotz einer sehr ungewohnten Situation, in der wir uns alle befinden, diesen Planungsbeschluss in Auftrag zu geben. Es ist wichtig auch in Zeiten einer Krise zu zeigen, dass wir Zeichen und Impulse setzen und Investitionen tätigen, wovon die Stadt profitiert. Es gibt aber auch andere Bereiche, wie die Ganztagesbetreuung in der Mozartschule, und deshalb ist es ganz wichtig in Zukunft zu zeigen, dass wir in Krisenzeiten nicht stehen bleiben, sondern uns weiterentwickeln. Hier sollten wir wirklich dranbleiben, als Stadt Zuversicht ausstrahlen und sagen: Wir brauchen diesen Ausbau, wir bleiben nicht stehen!

Wir beschließen in den Gemeinderatsitzungen wichtige Dinge für die Zukunft. Vielen Dank dem Herrn Bürgermeister und den Mitarbeitern in den Dienststellen, für das step by step geschaffene gute, ausreichende und vergrößerte Kindergarten-Angebot in Wels.

GR. Hacker: Wie wir wissen ist das Platzangebot in den städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen in der Pernau sehr beengt und ist meiner Meinung nach an die Grenzen gestoßen. Der Kindergarten in der Lessingstraße ist in die Jahre gekommen. Das Gebäude ist wirklich in einem sehr schlechten bautechnischen Zustand und eine Sanierung ist aus Kostengründen eigentlich unwirtschaftlich.

Daher ist es wichtig den Neubau des Kindergartens in der Lessingstraße voranzutreiben, um möglichst bald die notwendigen Kapazitäten für die Kinderbetreuung zu schaffen. Kinderbetreuung ist grundsätzlich ein Bereich, den es laufend weiterzuentwickeln gilt. Das betrifft den Ausbau des Platzangebotes ebenso wie die pädagogischen Konzepte. Das heißt, wir müssen auch weiterhin daran arbeiten, dass Wels bei der Kinderbetreuung am Ball bleibt, um auch in Zukunft das Beste für die Kinder und die Familien zu erreichen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Zustimmung! Danke an die Mitarbeiter für die herausragende Vorbereitung! Danke den Referenten, die hier referatsübergreifend zusammengearbeitet haben. Auch das hat reibungslos funktioniert. Ich hoffe damit einer Vollversorgung einen Schritt näher zu kommen. Das ist erklärtes Ziel vieler Gemeinderäte, dazu gibt es einen breiten Konsens.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

5.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
die Festsetzung von Tarifen für die Sommerferienaktion 2020
(Ferienaktion-Tarifordnung 2020)
BK-J-123-2020

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 02.04.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Ferienaktion-Tarifordnung 2020 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

6.)

FAB – Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung, Linz;
Gewährung einer Subvention für die Maßnahmenbetreuer des
sozialökonomischen Betriebes DLC Wels für das Jahr 2020
SHoR-093-02-20-2020

Der Antrag (Anlage 6) lautet:

1. Dem Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung, 4021 Linz, Industriezeile Nr. 47a, wird zur teilweisen Abdeckung der Lohnkosten für die Maßnahmenbetreuer des sozialökonomischen Betriebes DLC Wels eine Subvention in Höhe von € 59.500,-- für das Jahr 2020 gewährt.
2. Entsprechend den haushaltsrechtlichen Festlegungen zum Voranschlag für das Rechnungsjahr 2020 wird die Subvention in mindestens zwei Teilbeträgen ab 1.3.2020 bzw. ab 1.8.2020 ausbezahlt.
3. Die notwendigen finanziellen Mittel sind von der VASSt. 1.4291.757200.0 auszubezahlen.
4. Eine Auszahlung erfolgt erst nach Vorliegen des Nachweises über die widmungsgemäße Verwendung von Förderungsmitteln aus dem Vorjahr.
5. Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist durch Vorlage eines Jahresberichtes zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

7.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarifordnung für kulturelle Veranstaltungen der Dst. Veranstaltungsservice und Volkshochschule beschlossen wird – Tarifordnung 2020 für Veranstaltungen der Dst. Veranstaltungsservice und Volkshochschule (Veranstaltungstarifordnung 2020)

K-065-1-2020

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 07.04.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Veranstaltungstarifordnung 2020 beschließen.

GR. DI Haydinger: Als Mitglied des Kulturausschusses konnte ich mir gemeinsam mit meinen Kollegen vor einigen Wochen ein Bild über die Umbaumaßnahmen im Stadttheater machen. Ich kann für jene berichten, die es noch nicht gesehen haben, es wird ein ganz großartiges, neues Stadttheater. Gerade deshalb ist es wichtig und notwendig die Tarife anzupassen und zu erhöhen.

Ich bin der festen Überzeugung wir müssen nach Fertigstellung der Umbaumaßnahmen über die Stadtgrenzen von Wels hinaus keine Vergleiche scheuen. Und dann haben wir noch äußerst attraktive Preise. Wie dem Amtsbericht zu entnehmen ist, gibt es auch Ermäßigungen. Es ist also ein sowohl sinnvolles als auch sozial ausgewogenes Konzept.

StR. Reindl-Schwaighofer: Ich habe bei meinen Ausführungen den Ermäßigungsteil zu erwähnen vergessen. Wie sind in diesem Bereich natürlich wieder bei der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ dabei. Es wird eine bestimmte Anzahl von ermäßigten oder auch kostenlosen Karten geben.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

8.)

Greif 2020; Erneuerung und Reparatur des Schnürbodens im Stadttheater; Auftragsvergabe an die Firma Klik Bühnensysteme GesmbH, 2514 Traiskirchen, Badener Straße 29
K-067-1-2020 miterledigt:
ZE-022-1-20-2020

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 07.04.2020:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Zuschlagserteilung (Beilage 2) betreffend den Umbau, Erneuerung und Reparatur des Schnürbodens im Stadttheater an die Firma Klik Bühnensysteme GesmbH, 2514 Traiskirchen, Badener Straße 29, mit einer Auftragssumme von € 144.000,-- inkl. MwSt. (entspricht € 120.000,-- exkl. MwSt.) beschließen.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl, Vzbgm. Huber und GR. Mag. Brenner-Nerat sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

9.)

Raumordnungsverträge NEU;
grundsätzliche Vorgehensweise bezüglich
Raumordnungsverträge
BauD-SP-79-2019

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 06.04.2020:

Die Organe der Stadt werden beauftragt mit Hilfe des Modells „Raumordnungsvertrag NEU“ gemäß der Darstellung im Amtsbericht vom 26.03.2020, BauD-SP-79-2019, unter Beachtung und Ausschöpfung der gesetzlichen Rahmenbedingungen privatwirtschaftliche Maßnahmen im Rahmen der örtlichen Raumordnung zu setzen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

GR. KR. Schönberger: Die SPÖ-Fraktion stellte den Antrag diesen Raumordnungsvertrag NEU ordentlich diskutieren zu wollen, weil er einige Lücken enthält, die durchaus zur Diskussion Anlass geben würden. Es mag sinnvoll und richtig sein so wie in Linz zur sozialen Infrastruktur eine Abgabe einzuheben. Warum führte Linz die Alten- und Pflegeheime nicht an und Wels schon? Das ist die größte Einzelposition bei den Ermittlungen der Kosten in Höhe von 98 Euro. Warum hat die Stadt Linz es für nicht notwendig befunden, obwohl es auch dort genügend Alten- und Pflegeheime gibt?

Wir werden demnächst im Land Oberösterreich eine neue Raumordnungsnovelle beschließen - auch dort sind Änderungen vorgesehen. In diesem Kontext wäre ein sinnvoller Diskurs mit den Raumordnungsverträgen NEU wünschenswert. Warum vertut man sich diese Dinge? Ich frage mich wo die Bagatellgrenze liegt. Wenn jemand über seiner Garage einen Wohnraum ausbaut, muss dieser Abgaben dafür bezahlen oder nicht? Muss bei einem Dachbodenausbau etwas bezahlt werden oder nicht?

Im Prinzip muss für so etwas der Bebauungsplan geändert werden und wir haben jede Menge Bebauungsplanänderungen in unseren Funktionsperioden. Deshalb wäre es klug gewesen, wenn wir uns ordentlich über dieses Thema unterhalten hätten. Aber nachdem der Antrag von der Mehrheit der Regierungsfractionen abgelehnt wurde, muss ich es so zur Kenntnis nehmen. Wir werden als SPÖ-Fraktion uns natürlich der Stimme enthalten, weil allen nicht vernünftig besprochenen Dingen wir keine Zustimmung geben können.

GR. Mag. Söner: Ich möchte mich anschließen, jedoch nicht an der inhaltlichen Kritik der SPÖ-Fraktion. Allerdings bin ich etwas überrascht über diesen Antrag. Der Antrag ist ein Antrag, in dem wir sozusagen die Stadtregierung beauftragen in rechtlichen Rahmenbedingungen Raumordnungsverträge zu machen. Ich kenne den Inhalt des Raumordnungsvertrages leider nicht und frage mich, was wir hier derzeit beschließen?

Entweder wir beschließen diesen Raumordnungsvertrag NEU oder wir beschließen, dass die Stadtregierung den Auftrag bekommt rechtskonforme Verträge zu erstellen. Ich werde mich persönlich aus fachlichen Gründen bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

GR. Schäfer, BSc: Mit dem vorliegenden Tagesordnungspunkt beschließen wir, dass die Regelungen zu den Raumordnungsverträgen der Stadt Wels NEU geändert werden. Am Beispiel von Linz werden zukünftig neben den technischen Infrastrukturkosten, welche bisher bereits im tatsächlichen Ausmaß verrechnet wurden, auch die Kosten für die soziale Infrastruktur an die Liegenschaftseigentümer weiterverrechnet. Das ist aus unserer Sicht auch gut so, denn vor allem entstehen insbesondere im Zusammenhang mit dem Wohnbau weitere Kosten für die Stadt Wels, z. B. für die Volksschulen, die Kindergärten und die Alten- und Pflegeheime.

Gerade in Hinblick auf die Generationengerechtigkeit müssen diese Kosten zum Teil von den Investoren getragen werden. Der Punkt des sozialen Wohnbaues wurde bereits angesprochen und ja, auch sozialen Wohnbauträgern werden künftig diese sozialen Infrastrukturkosten weiterverrechnet, weil das aufgrund des Gleichbehandlungsgesetzes so gemacht werden muss. Allerdings werden wir bei einem Pauschalbetrag von 30 Euro/m² Bruttogeschossfläche ansetzen. Das ist rund ein Drittel der tatsächlichen Kosten von 98 Euro. Somit kann hier von einem sozialen Tarif gesprochen werden.

Wir werden uns natürlich dafür einsetzen Mittel und Wege zu finden wie wir weiterhin den sozialen Wohnbau unterstützen können, um auch in Zukunft im Sinne einer freiheitlichen Wohnungspolitik leistbares Wohnen ermöglichen zu können. Mein Dank und der Dank der FPÖ-Fraktion gilt der freiheitlichen Wohn- und Sozialreferentin, die es schaffte, dass die Mieten in Wels tatsächlich die günstigsten in Österreich sind.

GR. Ganzert: Anscheinend macht Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger das Wohnen bei uns sehr billig und StR. Lehner macht es sozusagen teuer, wenn ich das einfach so durchrechne. Das stimmt natürlich nicht!

Ich möchte mich bei den Kollegen, die diesen Amtsbericht mit den Beilagen erarbeiteten - ich telefonierte mit DI. Dr. Pichler ausführlich - bedanken für die Bereitschaft Rede und Antwort zu stehen. Alles, was man glaubt zu brauchen, ist bei den Beilagen dann doch nicht vorhanden.

Grundsätzlich begrüßt die SPÖ-Fraktion das Mittel von Raumordnungsverträgen, das ist soweit nichts Neues. Allerdings soll jetzt schon einiges gravierend verändert werden. Es ist eine Frage auf welcher Seite man steht. Es kann auch gesagt werden für jeden Bürger bekommt man Bundesertragsanteile, mit denen wir bis jetzt einen Großteil der sozialen Infrastruktur bezahlt haben.

Ich stellte vor Beginn der Tagesordnung den Antrag diesen Punkt abzusetzen, weil er uns nicht verständlich ist. Ein Blick in den Zeitplan zeigt, es gab schon viel Austausch mit der Stadt Linz und es wird schon länger daran gearbeitet. Der ganze Umfang beweist es ist sehr viel Arbeit und deshalb umso bedauerlicher, wenn die Gemeinderatsfraktionen erst im Ausschuss davon informiert werden und die Unterlagen dazu bekommen. Und das zu Zeiten einer Covid-19-Pandemie, wo keine Möglichkeit besteht sich physisch zu treffen und Experten ins Haus zu holen bzw. diese nicht erreichbar sind.

Wir unterstützen scheinbar den sozialen Wohnbau so sehr etc. De facto wird Wohnen aber schon teurer. So ehrlich müssen wir sein. Diese aufgeschlagenen 30 Euro/m² auf die Bruttogeschossfläche sind ein Weg um das Wohnen teurer zu machen. Ich telefonierte mit dem Referenten und es gibt sicher Projekte, bei denen das gerechtfertigt ist, vor allem mit Blick auf die Quadratmeterpreise und wie diese am freien Markt gehandelt werden.

Nichtsdestotrotz hätten wir uns eine ordentliche Kontaktaufnahme gewünscht. Es gibt noch andere Punkte betreffend gewerblicher Umstände: „Hier ist bei Vorliegen von besonderen Umständen der zuständige Referent befugt bei Bauumwidmungen, die nicht der Wohnfunktion dienen, im Rahmen seiner Befugnisse anderslautende Regelungen zu treffen.“ Den Satz muss man erst einmal richtig verstehen, um drauf zu kommen, was damit gemeint sein soll.

Es stimmt schon, es gibt oft rechtliche Gründe warum etwas geht oder nicht geht. Aber es ist uns einfach zu schwammig wenn ich lesen muss: „Das gilt auch, wenn ein Unternehmen sich ansiedeln will, wird ein Anteil an der sozialen Infrastruktur fällig.“ Auch das Unternehmen freut sich, wenn es für die Mitarbeiter entsprechende Infrastruktur gibt, wie Kindergartenplätze oder Alten- und Pflegeheime.

Wir hätten uns gerne die Zeit genommen, um noch einmal ordentlich darüber zu sprechen, alle Informationen und notwendigen Unterlagen zu bekommen, damit alle Fraktionsmitglieder die gleichen Informationen haben. Es wäre dann möglich gewesen ordentliche Beschlüsse zu fassen und das Ganze gemeinsam mitzutragen. Das können wir momentan leider nicht. Deswegen werden wir uns in der gegenständlichen Sache der Stimme enthalten. Wäre schön gewesen, wenn es anders funktioniert hätte. Ob das heute das richtige Zeichen ist eine Gebührenerhöhung zu beschließen, wo wir doch bei der Aktuellen Stunde darüber sprachen was es alles braucht, um gegen diese wirtschaftliche Situation vorzugehen, stelle ich jetzt in den Raum und wage es zu bezweifeln.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Mit dem heutigen Beschluss über die Raumordnungsverträge NEU beschreitet die Stadt Wels tatsächlich Neuland, wie es Städte vor uns schon taten. Wir nahmen uns ein Beispiel an Linz. Thema ist, dass Grundstücke umgewidmet werden und diese plötzlich aufgrund dieser Umwidmungen eine unglaubliche Wertsteigerung erfahren. Diese Wertsteigerung ist aber nur dann tatsächlich gegeben, wenn die Stadt die entsprechende Infrastruktur herum baut. Damit meine ich nicht nur eine Straße um das Grundstück herum oder eine Straße zur Erreichbarkeit des Grundstückes, sondern die Attraktivität eines Grundstückes ist dadurch gegeben, wenn in der Nähe eine Schule, ein Kindergarten oder ein Altersheim bzw. entsprechende Einkaufsmöglichkeiten sind. Das Ganze natürlich noch versehen mit Kanal, Wasser, Gas, Internet usw. Dann ist das Grundstück wirklich viel wert.

Was hat der ursprüngliche Grundstücksbesitzer der Stadt Wels dafür gegeben, dass er jetzt eine derartige Erhöhung seines Wertes vergegenwärtigen kann? Damit wir ein bisschen ein Gespür dafür bekommen: Wenn ich heute ein Grünland um 20 bis 25 Euro in Wels kaufe, kann ich an den richtigen Stellen und bei den richtigen Bereichen für ein Wohngebiet locker 150 bis 200 Euro verlangen. Das ist eine Verzehnfachung des Wertes

dieses Grundstückes. Es ist auch eine Mär zu glauben, dass derjenige, der das Grundstück umwidmen lässt, keine 30 Euro an die Stadt Wels aus diesem Umwidmungsgewinn bezahlen kann. Natürlich kann er das – das ist gar kein Thema! Es ist aber genauso eine Mär zu glauben, dass er das eins zu eins weitergeben kann, denn es gibt bekanntlich einen Marktpreis. Der Preis wird nicht vom Grundeigentümer festgesetzt, sondern man orientiert sich am Marktpreis des Grundstückes.

Am Markt kann ich jetzt nicht plötzlich sagen, dass alle Grundstücke um 30 Euro teurer sind. Im Endeffekt bestimmt nicht der Grundeigentümer den Preis, sondern der Markt. Deswegen befinden wir uns auch in einer Marktwirtschaft, wo es um Angebot und Nachfrage geht.

Es ist falsch, dass im sozialen Wohnbau der Mieter jetzt diese 30 Euro bezahlen wird müssen. Nein, muss er nicht! Das setzt nämlich voraus, dass der Verkäufer des Grundstückes tatsächlich 30 Euro mehr verlangen kann und es ihm auch bezahlt wird vom sozialen Wohnbau. Das ist aber tatsächlich nicht der Fall, weil die Weitergabe in dieser Höhe nicht funktioniert. Das kann man übrigens auch in Linz sehen, denn dort sind auch nicht plötzlich alle Grundstücke um 30 Euro/m² teurer geworden, sondern der Markt hat weiterhin den Preis bestimmt.

Wir sind den Markt betreffend auch wegen COVID-19 in einer Seitwärtsbewegung, weshalb dieser Vorwurf „wir machen mit dieser Maßnahme den sozialen Wohnbau teurer“ völlig verfehlt und absolut falsch ist, weil er die Marktmechanismen gar nicht berücksichtigt. Ganz im Gegenteil: Wenn ich es nicht einführe, unterstütze ich in Wirklichkeit jene Spekulanten, die von den armen, oft nicht so in die Zukunft denkenden Landwirten das Grundstück kaufen, in der Folge mit der Stadt über eine Umwidmung reden und dann mit diesem Umwidmungsgewinn spekulieren. Diese Leute schützt die Sozialdemokratie jetzt, wenn sie diesem Antrag nicht zustimmt. Das kann ich ehrlicherweise nicht verstehen.

In Wirklichkeit ist das eine Abschöpfung eines Teiles des Spekulationsgewinnes, der daraus resultiert, dass das Grundstück eine Werterhöhung erfährt, weil es umgewidmet wird oder weil es einen besseren Bebauungsplan bekommt. Das muss man sich vergegenwärtigen, noch dazu wo ich der Meinung bin, dass dieses Geld dafür verwendet werden sollte die soziale Infrastruktur aufrechtzuerhalten, zu bauen und eine soziale Infrastrukturoffensive zu starten.

Wir heben das Geld ein für die soziale Infrastruktur, die die Sozialdemokratie errichtete, die wir immer weiterentwickeln und die der Sozialdemokratie bisher immer ein Anliegen war, weshalb ich nicht verstehen kann, warum man jetzt gegen eine derartige Maßnahme ist.

Ich greife die Frage von GR. Mag. Sönser auf, was wir eigentlich beschließen. In Wirklichkeit beschließen wir eine Handlungsanleitung. Eine Anleitung, bei der vertraglich festgelegt werden kann, wie und in welcher Form zukünftig Geld eingehoben werden soll. Natürlich spielt die Bagatellgrenze eine Rolle. Ich habe mich mit StR. Lehner schon darüber unterhalten, wie wir das klug machen. Es kann doch nicht sein, dass jeder, der ein Einfamilienhaus baut, jetzt plötzlich konfrontiert ist mit derartigen Forderungen. Es kann nicht sein, dass derjenige, der nur eine Veranda anbaut und deswegen eine

Bebauungsplanänderung braucht, belastet ist mit intensiven Kosten. Das muss von gewissen Parametern abhängig sein und kann sich im Übrigen auch ändern.

Deswegen hat StR. Lehner eine „Generalklausel“ bekommen. Wie richtig festgestellt wurde, was ist wenn ein Unternehmen sich ansiedelt? Das braucht auch eine soziale Infrastruktur. Ist es dann fair, dass diese Unternehmen nie etwas bezahlen und der soziale Wohnbau schon? Auch hier muss man sich Gedanken machen darüber, was ein fairer Ausgleich sein kann. Deshalb halte ich es auch nicht für sinnvoll im Rahmen dieses Gemeinderates schon einen Vertrag zu beschließen, weil sich dieser viel zu oft ändert, weil er auf gewisse Parameter Rücksicht nehmen muss.

Ich weiß wie das in Gemeinden oft abläuft. Da kommt der Architekt und möchte ein Projekt machen und StR. Lehner sagt ihm, dass bei uns diverse Kosten anfallen und es kommt auf irgendeine Art eine Einigung zustande, natürlich im Rahmen des vorgegebenen Fahrplanes und im Rahmen der vorgegebenen Kriterien. Trotzdem kommt es zu einer maßgeschneiderten Einigung für genau diesen Projektanten. Das hat in der Vergangenheit auch gut funktioniert. Es kann nicht sein, dass jeder, der ein Grundstück umwidmet sagt, die Stadt Wels zahlt die gesamten Kosten in diesem Zusammenhang und ich habe mein Grundstück jetzt um das Fünf- oder Siebenfache verteuert. Das ist auch nicht der richtige Zugang.

Wir müssen darauf schauen, dass unsere mit Steuergeldern errichtete soziale Infrastruktur weitergeht. Außerdem möchte ich nicht derjenige sein, der sagt, dass wir jetzt die Eigentümer abschröpfen oder wir nehmen den Bauern das Geld weg. Um das geht es überhaupt nicht! Es geht um eine faire Beteiligung an jenen Kosten, die verursacht werden, wenn derartige Gebiete entstehen und die Stadt sehr massiv in die Tasche greifen muss, um diese Grundstücke zu erschließen, die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und in der Folge auch zu betreiben.

Darum geht es und deshalb ist das, was wir heute beschließen, sehr maßvoll. Was ist, wenn ich im ersten Schritt nur das Grundstück umwidme und erst im zweiten Schritt auf einen eventuellen neuen Bebauungsplan eingehe? Das kann sich auch ändern. Es sind alles Variable. Natürlich haben wir den Inhalt des neuen Raumordnungsgesetzes berücksichtigt, welches derzeit beim Landtag liegt. Aber nach der dortigen Gesetzeslage können wir das auch weiterhin so machen. Deshalb halte ich es absolut für sinnvoll es zu tun.

Es geht uns darum einen Teil des Umwidmungsgewinnes bei der Stadt zu belassen, die sozialen Infrastrukturkosten in Zukunft für die Stadt zu sichern und in diesem Bereich zu investieren. Deshalb ist das ein absolut sinnvoller Beschluss, der nicht nur von Wels, sondern schon von vielen Städten vor uns gemacht wurde. Selbstverständlich verbürge ich mich, genauso wie StR. Lehner, wir werden bezüglich der vertraglichen Ausgestaltung den Fraktionen Einblick gewähren und uns ihre Vorschläge anhören. Warum denn auch nicht? Denn hier kommt es darauf an, was gemacht wird und wo die Grenzen sind. Wenn Vorschläge kommen, wird sich StR. Lehner diese gewissenhaft ansehen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Mag. Sönser: Das verdeutlicht nun warum es hier eigentlich geht. Es wird ein Grundsatzbeschluss gefasst. Wir beschließen keinen Raumordnungsvertrag NEU, sondern wir beschließen letztendlich ein Berechnungsmodell, welches verschiedene Parameter beinhalten wird, woraus dieser Raumordnungsvertrag als Muster entsteht und dann individuelle Verträge abgeschlossen werden. Meine Kritik daran war eine fachliche Kritik im Sinne der rechtlichen Vorlage dieses Beschlussantrages, dass wir ein Modell (Raumordnungsvertrag NEU) beschließen, aber wir beschließen eigentlich nur eine Handlungsanleitung bzw. eine grundsätzliche Anweisung dieses Modell weiter zu verfolgen und rechtmäßig zu handeln.

Das war meine Kritik und deswegen sagte ich mich hier aus fachlichen Gründen der Stimme zu enthalten. Es gibt keine Kritik an dem Modell, an den inhaltlichen Überlegungen, wo sehr viel Arbeit dahintersteckt. Ich bin nur der Auffassung dieser Beschluss hat keine Bindungswirkung sondern sieht vor was allgemein zu tun ist. Nämlich ein Modell vorzulegen, welches den rechtlichen Rahmenbedingungen zu entsprechen hat. Es ist nicht einmal klar, ob wir die Unterlagen, die Modelle derzeit beschließen. Wir werden sicher das Vertragsmodell heute nicht beschließen sondern lediglich die Aufforderung ein solches Vertragsmodell zu entwickeln.

Deshalb halte ich den Vorschlag der SPÖ-Fraktion – auch wenn ich inhaltlich nicht in allen Punkten mitstimme – für gut dieses Modell im Sinne des Vertragsmodelles noch einmal im Detail anzusehen.

GR. Ganzert: Ich kann nicht verstehen was hier so dramatisch ist und halte es fast schon für präpotent einen Amtsbericht zu schreiben, ihn hinzuwerfen und dann zu fragen warum wir als SPÖ-Fraktion nicht zustimmen. Es ist eher befremdlich, dass laut Akt am 08. Oktober 2019 die Referentin mündlich den Auftrag erteilte und jetzt im Laufe dieser Gemeinderatsitzung kommen so kleine Details, wie was in diese Bagatellgrenze hineinfallen könnte und die Fraktionen werden dann in die vertragliche Gestaltung miteinbezogen.

Wir sagten nie diesen Raumordnungsvertrag NEU schlecht zu finden oder dass für die soziale Infrastruktur ein Wert errechnet werden soll. Wir alle wissen schon wie ein freier Markt funktioniert. Aber die Logik sagt uns auch, dass eine Erhöhung oft an die Mieter weitergegeben wird. Es ist sehr illusorisch zu glauben, dass die Eigentümer sagen werden diese Robin-Hood-Steuer des Bürgermeisters nehme ich auf meine Kappe und die lieben Mieter verschone ich.

Es könnte hier mit Respekt umgegangen werden und es ist einfach zu verstehen, dass in Zeiten wie diesen, wenn kurzfristig ein Antrag eingebracht wird, es nicht zu einer fraktionellen Meinung kommt, bei der alles ausgeräumt und ausgeschlossen ist und damit dem heute vorliegenden Antrag zugestimmt werden kann. Deshalb enthalten wir uns der Stimme, wir sind nicht komplett dagegen, wollten hier noch einmal Zeit gewinnen, um etwas Positives erreichen zu können.

GR. KR. Schönberger: Eine zusätzliche Abgabe sollte zumindest deklarieren, was das zusätzliche Angebot sein könnte, welches daraus entsteht. Da wir ja Bundesertragsanteile in nicht unerheblichem Ausmaß in Wels pro Einwohner bekommen und eine zusätzliche Abgabe einheben, wäre es gut ein paar Leuchtturmprojekte zu haben, die wir in den nächsten zehn Jahren umsetzen wollen. Das würde ich mir erwarten. Wenn

ich für etwas mehr bezahlen soll, möchte ich auch wissen was bekomme ich mehr dafür. Nur das Geld zur Bestandserhaltung hineinfließen zu lassen ist letztendlich doch zu wenig. Es wäre schon gut gewesen, wenn wir so eine Perspektivenentwicklung zumindest angedacht oder mitgedacht hätten. Darum sagten wir eine vernünftige Diskussion wäre sinnvoll gewesen. Nicht in Zeiten von Corona, wo ja Diskussionen per se sehr schwierig sind.

StR. Lehner: Ich muss mich dringend gegen den Begriff Gebühr oder Abgabe verwehren. Was taten wir? Wir ermittelten Kosten, die der Stadt Wels entstehen für zusätzliche Wohnflächen. Bei diesen Kosten ist der teuerste Punkt nicht der Alten- und Pflegeheimbereich, sondern in Wirklichkeit sind das die Schulen. Von den Kosten wird ein Drittel im Rahmen einer Widmung oder einer Erweiterung eines Bebauungsplanes aufgeteilt oder weitergegeben.

Es ist ein Unterschied, ob ich eine Steuer oder eine Gebühr einführe oder ob ich im Rahmen eines Widmungs- oder Bebauungsplanmehrwertes diesen Mehrwert aufteile zwischen Widmungswerber bzw. Kosten, die die Stadt dann zu tragen hätte. Wir schauten uns genau an, ob es Überschneidungen mit der Raumordnungsnovelle im Land Oberösterreich gibt - das ist nicht der Fall. Hier wird im Gegenteil und erfreulicherweise darauf abgezielt, dass zukünftig die Widmungskategorie sozialer Wohnbau auch mehr in Anspruch genommen und leichter ermöglicht wird. Das soll von der Zielsetzung beim sozialen Wohnbau zu einer Vergünstigung führen und das unterstütze ich sehr. Das ist von unseren Überlegungen entkoppelt.

Ja, auch das Thema Bagatellgrenze überlegten wir. Es geht darum, wie wir mit dem Einfamilienhaus, Erweiterungsbauten usw. umgehen. Das werden wir im konkreten Tun und Handeln dann definieren. Ich stehe hier für Transparenz. Es kann jeder im Rahmen der Widmungen sich diese Raumordnungsverträge vertraulich ansehen. Der Bürgermeister hat getan, als wenn es ein Schachern und Feilschen wäre – das ist es bei mir nicht, sondern es gibt klare Spielregeln, die für alle Projektanten gelten.

Wir informieren jetzt schon über ein Jahr Projektanten, welche in Wels Ideen haben für eine Verdichtung oder neue Projekte, dass es hier zu diesen Kosten kommen wird. Es ist keine Überraschung, sondern diese warten in Wirklichkeit schon darauf. Es wurde schon sehr viel darüber gesprochen, es ist eine wichtige Maßnahme und wir sehen diese Möglichkeit vor. Wir beschließen, dass zukünftig nicht nur technische Infrastrukturkosten verrechnet werden, sondern auch soziale Infrastrukturkosten. Das ist der Beschluss und ich halte es für fair, gerecht und auch für notwendig, weil diese Investitionen in Schulen, Kindergärten und auch Alten- und Pflegeheimen notwendig und wichtig sind. Ich bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird mit

gegen 22 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion – ohne GR. Mag. Sönser)
12 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion, GR. Mag. Sönser, NEOS)

angenommen.

Öffentliche Beleuchtung; Beleuchtungsprogramm 2020;
Neuinstallation; Auftragsvergabe an die Firma eww Anlagen-
technik GmbH, Wels
BauD-BauS-99-2020

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 06.04.2020:

1. Beiliegendes Auftragschreiben gemäß Beleuchtungsprogramm 2020 betreffend Öffentliche Beleuchtung – Neuinstallation (Beilage ./2) mit einer Auftragssumme von € 190.752,91 inkl. 20 % MwSt. an die Firma eww Agententechnik GmbH, Wels, Knorrstraße 6, wird beschlossen.
2. Die mittelbewirtschaftende Stelle wird ermächtigt, nach Maßgabe der gegenständlichen vertraglichen Vereinbarung die Auftragssumme zur Bedeckung unvorhergesehener Mehrleistungen, die anlässlich der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Bedarfsfall um bis zu 5 % zu überschreiten.

GR. Kittenbaumer: Das Straßenbeleuchtungsprogramm sieht auch im Jahr 2020 wieder sehr wichtige Investitionen vor. Die Thematik rund um dieses Straßenbeleuchtungsprogramm ist für die Stadt Wels ein großes Sicherheitsthema. So kann eine gut ausgeleuchtete Straße, ein Rad- oder Schutzweg das subjektive Sicherheitsgefühl erhöhen. Umso wichtiger ist es hier genau zu schauen, wo diese Maßnahmen am besten umgesetzt und wie die Maßnahmen gemacht werden können.

Es freut uns sehr, dass die Anregungen vom GR. Schönberger aus der Gemeinderatssitzung 04/2019 dieses Mal berücksichtigt wurden. Er forderte die Schutzwege besser auszuleuchten. Das wurde im heurigen Programm berücksichtigt. Einen kleinen Kritikpunkt möchte ich an den Referenten richten bezüglich Mitterhoferstraße in der Pernau, wo wir die schon zugesagte Beleuchtung schmerzlich vermissen.

Ich möchte allen hier Beteiligten, vor allem Herrn Ing. Niedermair und seinem Team aus dem Hause Magistrat, dem zuständigen Referenten und auch den beteiligten Mitarbeitern der eww ag sehr herzlich für dieses Beleuchtungsprogramm danken.

StR. Hoflehner: Natürlich möchte ich als Verkehrsreferent an meinen Vorredner anschließen. Für den gesamten Gemeinderat ist das Thema Sicherheit ganz wesentlich. Ich möchte das nicht überbetonen. Wenn sie am Abend mit dem Fahrrad, dem Auto oder zu Fuß unterwegs sind, werden sie den tatsächlichen Unterschied zwischen der bisherigen alten Beleuchtung und der jetzigen zukünftigen neuen Beleuchtung insbesondere im Bereich der Schutzwege feststellen.

Daher bedanke ich mich beim zuständigen Referenten und beim zuständigen Ausschuss dafür, dass auch auf diesem Weg ein Beitrag geleistet wird zu unserem insgesamt Bemühen die Sicherheit auf den Verkehrswegen zu erhöhen.

GR. Paulusberger: Nachdem zum Beleuchtungsprogramm alles gesagt wurde, möchte ich noch die Zeit nutzen und der Wels Strom GmbH danken. Am Samstagabend hatten wir einen Stromausfall von einer halben Stunde im Stadtteil Lichtenegg. Die Trafostation in der Maria-Theresia-Straße brannte und es wurde innerhalb der Wels Strom GmbH sofort ein Team entsandt. Für die rasche Behebung möchte ich mich bedanken.

StR. Lehner: Wie jedes Jahr gibt es Projekte, die nicht im Jahr des Beschlusses umgesetzt werden (angeführt auf Seite 2 des Beleuchtungsprogramms). Ich bedanke mich bei StR. Hoflehner für die koordinierte Vorgehensweise und bitte um Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Zum Tagesordnungspunkt 11. gibt es einen Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, der lautet:

1. Beschlussantrag:

Es wird beantragt der Gemeinderat möge beschließen:

§ 3 erster Satz der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (23. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015), BZ-BauR-5010-2016, wird dahingehend abgeändert, dass dieser lautet wie folgt:

Diese Verordnung ist gemäß § 65 Abs. 1 und 2 StW 1992 an der Amtstafel in der Dauer von zwei Wochen kundzumachen und tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

2. Begründung:

Durch die Novelle LGBl.Nr. 91/2018 zum Statut für die Stadt Wels, in Kraft getreten am 01.01.2019, wurden die Kundmachungsbestimmungen für Verordnungen der Organe der Stadt abgeändert.

Nach der nunmehrigen Rechtslage dürfen Verordnungen, welche durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht werden, erst nach Ablauf einer zweiwöchigen Kundmachungsfrist in Kraft gesetzt werden. Vor Inkrafttreten der Novelle LGBl.Nr. 91/2018 am 01.01.2019 sind Verordnungen, wenn darin nichts anderes bestimmt war, demgegenüber bereits mit Ablauf des Tages der Kundmachung an der Amtstafel in Kraft getreten.

Der Amtsbericht, mit welchem die gegenständliche Verordnung vorgelegt wird, datiert vom 01.02.2018. § 3 der Verordnung sieht entsprechend der damaligen Rechtslage vor, dass die Verordnung mit Ablauf des ersten Tages der Kundmachung an der Amtstafel in Kraft tritt. Diese Kundmachungsbestimmung entspricht nach Inkrafttreten der Novelle LGBl.Nr. 91/2018 nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen.

Durch den gegenständlichen Abänderungsantrag soll die Verordnung an die nunmehr geltenden Kundmachungsbestimmungen nach § 65 Abs. 1 und 2 StW 1992 angepasst

werden. Es soll bestimmt werden, dass die Verordnung mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft tritt. Das ist der frühestmögliche Zeitpunkt. Im Übrigen bleibt der Inhalt unverändert.

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Diskussion miteinzubeziehen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 23)
BZ-BauR-5010-2016

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 15.02.2018, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (23. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) beschließen.

GR. Mag. Humer: Diese Umwidmung war schon vor zwei Jahren im damaligen Bau- und Planungsausschuss und damals gab es eine andere Rechtsgrundlage für die Kundmachungsbestimmungen. Es ist ein formeller Akt, dieser wurde nun angepasst.

StR. Lehner: Es hat nicht deshalb so lange gedauert, weil unsere Mitarbeiter nicht tüchtig wären. Diese haben das Verfahren schnell abgearbeitet. Es gab aber auch hier das Erfordernis einen Raumordnungsvertrag mit allen Planungskosten zu unterschreiben und dieses Unterschreiben des Raumordnungsvertrages hat längere Zeit in Anspruch genommen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 11) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 12) wird

einstimmig angenommen.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 17)
BauR-269-05-7-2018
BauR-269-05-8-2018

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 20.01.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (17. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) beschließen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 55) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 23)
BauR-269-05-10-2019

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 06.04.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (55. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (23. Änderung) beschließen.

GR. Hufnagl: Ich hätte zu dieser Umwidmung eine Frage an den Referenten. Es betrifft das Grundstück Nr. 916/1, welches direkt an den Mühlbach anschließt. Laut Plan sollen hier auch Parkanlagen entstehen. Wer das Grundstück kennt weiß, dass in diesem Bereich der Mühlbach über die Ufer getreten und ein kleines Biotop entstanden ist. Inwieweit besteht hier die Möglichkeit dieses kleine Biotop zu retten?

StR. Lehner: Wir entscheiden heute über die Widmung. Über die Frage zur Errichtung eines Biotops werde ich mich als zuständiger Wasserreferent mit der zuständigen Referentin für Parkanlagen unterhalten. Ich halte das für eine gute Idee und wir werden schauen diesen sehr attraktiven Platz für die Freizeitnutzung entsprechend zu gestalten. Auch für diese Gestaltung gibt es einen Raumordnungsvertrag mit Kostenbeteiligung.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplanes Nr. 315/2.9 (Stadtteil Vogelweide)
BauR-269-06-14-2018

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 20.01.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 315/2.9 (Stadtteil Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 320/C.1 (Stadtteil Vogelweide)
BauR-269-06-15-2018

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 06.04.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 320/C.1 (Stadtteil Vogelweide) beschließen.

GR. KR. Schönberger: Ich finde es bei den letzten beiden Tagesordnungspunkten wirklich gut im Vorhinein mitgedacht zu haben und einen Kreisverkehr zu planen, damit die Bevölkerung vernünftig ein- und ausfahren kann. Das vermisse ich in der neu entstandenen großen Siedlung in der Oberfeldstraße noch immer und hoffe auch dort entsteht demnächst ein neuer Kreisverkehr.

StR. Lehner: Danke für diese Bemerkung. Das war im Verfahren aber durchaus komplex gewesen, weil es ursprünglich so vorgesehen war. Das Land hat hier keine entsprechende Verordnung dahinterliegend. Es kostete uns im Verfahren relativ viel Zeit so weit nach vorne zu schauen. Ich bin froh, es ist uns gelungen - auch ohne die sofortige Errichtung des Kreisverkehrs - diesen schon mitzuplanen, denn dieser ist für die Verringerung des Tempos und den positiven Verkehrsfluss in der Vogelweiderstraße wichtig und sehr gut.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister erklärt mit den Worten „Bleiben Sie gesund“ und „Kommen Sie gut nach Hause“ diese Sitzung des Gemeinderates für beendet.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 06.07.2020 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.